

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES
Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 42

FREITAG, DEN 1. JUNI

2012

Inhalt:

	Seite		Seite
Öffentliche Plandiskussion	901	Satzung der Universität Hamburg über das Auswahlverfahren in den bundesweit zulassungsbeschränkten Studiengängen Humanmedizin, Pharmazie und Zahnmedizin	903
Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht	901	Erste Änderung der Aufnahmeprüfungsordnung für den Bachelorstudiengang Dirigieren (Orchester) an der Hochschule für Musik und Theater	905
Herstellung und Ausbau von Erschließungsanlagen in den Stadtteilen Allermöhe, Barmbek-Nord, Groß Borstel, Langenhorn, Lokstedt, Neuenhamme, Niendorf, Volksdorf, Wellingsbüttel und Wohldorf-Ohlstedt	902	Erste Änderung der Aufnahmeprüfungsordnung für den Masterstudiengang Dirigieren (Orchester) an der Hochschule für Musik und Theater	905
Berichtigung der Widmung einer Wegefläche Heckenpfad	903		

BEKANNTMACHUNGEN

Öffentliche Plandiskussion

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt führt am Dienstag, dem 12. Juni 2012, um 18.30 Uhr in der Aula der Fritz-Schumacher-Schule/Sek II in der Straße Foorthkamp 36 in Langenhorn für das Gebiet des Bebauungsplan-Entwurfs Langenhorn 73 sowie zur parallelen Änderung des Landschaftsprogramms eine Öffentliche Plandiskussion mit öffentlicher Unterrichtung und Erörterung gemäß § 3 des Baugesetzbuchs durch.

Das Plangebiet wird wie folgt begrenzt: Langenhorn Chaussee – Nordgrenze des Flurstücks 380 der Gemarkung Langenhorn – Tarfenbööm – Nordgrenze des Flurstücks 2925 der Gemarkung Langenhorn – Tannenzuschlag – Nordgrenze des Flurstücks 2924, Westgrenze des Flurstücks 2912, Westgrenze des Flurstücks 2913, Westgrenze des Flurstücks 2914 der Gemarkung Langenhorn – Wulffsblöcken – Dieckmühlenweg – West-, Nord-, Ost- und Südgrenzen des Flurstücks 8569 der Gemarkung Langenhorn – Wulffsblöcken – Nord- und Ostgrenze des Flurstücks 2910, Ostgrenze des Flurstücks 2911 der Gemarkung Langenhorn – Wulffsgrund – Reekamp – Südgrenze des Flurstücks 783, Südgrenze des Flurstücks 2923, Südgrenze des Flurstücks 2927, Südgrenze des Flurstücks 2928, Südgrenze des Flurstücks 2929 der Gemarkung Langenhorn – Tarfenbööm – Süd- und Westgrenze des Flurstücks 2930 der Gemarkung Langenhorn – Wulffsgrund (Bezirk Hamburg-Nord, Ortsteil 432).

Folgende Flurstücke sind teilweise oder vollständig als Verkehrsflächen in das Plangebiet einbezogen: Langenhorn Chaussee (Flurstück 10 096), Wulffsgrund (Flurstücke 2931, 382), Tarfenbööm (Flurstück 4415), Tannenzuschlag (Flurstück 2605), Reekamp (Flurstück 351), Wulffsblöcken (Flurstück 2918), Dieckmühlenweg (Flurstück 2723), eventuell Foorthkamp (Flurstück 3884).

Mit dem Bebauungsplan Langenhorn 73 sowie der parallelen Änderung des Landschaftsprogramms sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für den Bau von etwa 150 zusätzlichen Wohneinheiten ermöglicht werden bei gleichzeitigem Ersatz der 550 vorhandenen Wohnungen durch Neubauten.

Anschaungsmaterial zu den oben genannten Verfahren kann ab 18.00 Uhr am Veranstaltungstag und -ort eingesehen werden.

Auskünfte hierzu erteilt die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt unter der Rufnummer 040/4 28 40 - 82 44.

Hamburg, den 21. Mai 2012

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Amtl. Anz. S. 901

Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht

Änderung einer Anlage zur Lagerung von brennbaren Gasen durch Änderungen der Aerosolfertigungslinien 1-2 und Erweiterung des Produktionsgebäudes 319

Die Firma Beiersdorf-Manufacturing Hamburg GmbH (BMH) hat bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt – Amt für Immissionsschutz und Betriebe – eine Änderungsgenehmigung nach § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes für die Änderung an zwei Aerosolfertigungslinien im Gebäude 319, zugehörend zur vorhandenen

Flüssiggas-Lagerbehälteranlage, auf dem Grundstück Tropowitzstraße 10 in 22529 Hamburg, beantragt.

Das Gesamtvorhaben umfasst den Ersatz einer Füllereinrichtung durch eine neue Füllereinrichtung mit höherer Abfüllkapazität. Die neue Füllereinrichtung wird im neuen Teil des zu erweiternden Produktionsgebäudes in einem räumlich abgetrennten Bereich errichtet und betrieben. Diese Änderung in der Anlage stellt ein Vorhaben im Sinne der Nummer 9.1.2 (Spalte 2) der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) dar.

Nach der allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles gemäß § 3 c Absatz 1 Satz 1 UVP wird von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung des Vorhabens abgesehen.

Das Vorhaben kann nach Einschätzung der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt auf Grund überschlüssiger Prüfung unter Berücksichtigung gesetzlicher Kriterien für die standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalles keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben.

Die Begründung der Feststellung, dass für das Änderungsvorhaben keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht, ist bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt – Amt für Immissionsschutz und Betriebe – nach den Bestimmungen des Umweltinformationsgesetzes der Öffentlichkeit zugänglich.

Hamburg, den 25. Mai 2012

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Amt für Immissionsschutz und Betriebe –**

Amtl. Anz. S. 901

Herstellung und Ausbau von Erschließungsanlagen in den Stadtteilen Allermöhe, Barmbek-Nord, Groß Borstel, Langenhorn, Lokstedt, Neuengamme, Niendorf, Volksdorf, Wellingsbüttel und Wohldorf-Ohlstedt

I.

Endgültige Herstellung:

Nach § 49 Absatz 5 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41), zuletzt geändert am 15. Februar 2011 (HmbGVBl. S. 73), wird bekannt gemacht:

Die nachstehend aufgeführten Erschließungsanlagen sind endgültig hergestellt worden:

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Erschließungsanlagen
1	Am Eisenwerk von Wiesendamm bis Kehre einschließlich
2	Am Langdick von Lütt Kollau bis Hausnummern 14/21 (Flurstücke 612/630) ausschließlich
3	Deelwisch von Baarkamp ausschließlich bis Güterumgehungsbahn ausschließlich
4	Eckloßberg von Jägerstieg ausschließlich bis Hausnummern 13 und 16 (Flurstücke 3256 und 3074) einschließlich

5	Ludwig-Dörmer-Weg von Spreenende bis Dannmeyerstraße
6	Merckelweg von Warnckesweg bis Lokstedter Damm
7	Ohlstedter Platz – Stichstraße von Abknickung bei Hausnummer 13 a einschließlich bis Kehre
8	Timmweg von Timmstieg ausschließlich bis Kehre
9	Wilhelm-Iwan-Ring von Werner-Witt-Straße einschließlich bis Rungedamm

II.

Kostenspaltung:

Nach § 48 Nummern 1 bis 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung des 18. Änderungsgesetzes werden folgende Erschließungsanlagen im Wege der Kostenspaltung abgerechnet:

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Erschließungsanlage
1	Ohlstedter Platz von Hoisbütteler Straße ausschließlich bis Baumfalkenweg teilweise/Korte Blöck ausschließlich Maßnahmen: § 48 Nummer 1: Erwerb und Freilegung der Flächen § 48 Nummer 2: Herstellung der Fahrbahn § 48 Nummer 3: Herstellung der Nebenflächen § 48 Nummer 5: Herstellung der Beleuchtung

III.

Berichtigung:

Folgende Bekanntmachungen werden berichtigt:

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Erschließungsanlagen
1	Die Bekanntmachung vom 17. September 2010 (Amtl. Anz. S. 1650) unter I., laufende Nummer 2, muss richtig lauten: Eckloßberg/Holtweg von Farmsener Weg bis Jägerstieg einschließlich (Hausnummer 10 ausschließlich) zuzüglich der zwischen den Hausnummern 4 und 6 abzweigenden Stichstraße Holtweg
2	Die Bekanntmachung vom 11. Mai 2012 (Amtl. Anz. S. 800) unter II., laufende Nummer 2, muss richtig lauten: Farmsener Landstraße von Eulenkrußstraße (nördliche Einmündung in den Kreisverkehr) bis Saseler Weg Maßnahmen: Verbesserung der Nebenflächen Verbesserung der Entwässerungseinrichtungen Herstellung von Parkflächen
3	Die Bekanntmachung vom 2. Februar 2007 (Amtl. Anz. S. 402) unter II., laufende Nummer 3, muss richtig lauten: Kiebitzdeich von Hausnummer 151 einschließlich bis Neuengammer Hauptdeich Maßnahme: Erweiterung der Fahrbahn

IV.
Widerruf:

Folgende Bekanntmachung wird widerrufen:

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Erschließungsanlagen
1	Die Bekanntmachung vom 2. Dezember 2011 (Amtl. Anz. S. 2631) unter I., laufende Nummer 4: Ohlstedter Platz von Hoisbütteler Straße (ausschließlich) bis Baumfalkenweg/Korte Blöck (ausschließlich)
2	Die Bekanntmachung vom 2. Dezember 2011 (Amtl. Anz. S. 2631) unter I., laufende Nummer 5: Ohlstedter Platz – Stichstraße von gegenüber Baumfalkenweg bis Kehre

Hamburg, den 1. Juni 2012
Die Finanzbehörde
Amtl. Anz. S. 902

Berichtigung der Widmung einer Wegefläche Heckenpfad

Die am 11. Mai 2012 im Amtl. Anz. Nr. 36 erschienene Widmung der Wegefläche Heckenpfad (Flurstück 142) wird korrigiert. Es muss heißen: „Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes...“.

Hamburg, den 21. Mai 2012

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 903

Satzung der Universität Hamburg über das Auswahlverfahren in den bundesweit zulassungsbeschränkten Studiengängen Humanmedizin, Pharmazie und Zahnmedizin

Vom 19. April 2012

Das Präsidium der Universität Hamburg hat auf seiner Sitzung vom 2. Mai 2012 die am 19. April 2012 vom Akademischen Senat auf Grund des Artikels 3 Absatz 3 des Gesetzes zum Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung vom 17. Februar 2009 (HmbGVBl. S. 36) beschlossene Satzung der Universität Hamburg über das Auswahlverfahren in den bundesweit zulassungsbeschränkten Studiengängen Humanmedizin, Pharmazie und Zahnmedizin genehmigt.

§ 1

Anwendungsbereich

Diese Satzung regelt die Vergabe von Studienplätzen in den bundesweit zulassungsbeschränkten Studiengängen Humanmedizin, Pharmazie sowie Zahnmedizin an Studienbewerberinnen und Studienbewerber, die durch die Stiftung für Hochschulzulassung (im Folgenden: Stiftung) im Auswahlverfahren nach § 32 Absatz 3 Nummern 1 und 2 des Hochschulrahmengesetzes (HRG) keinen Studienplatz erhalten haben und daher an dem Auswahlverfahren der Hochschulen (AdH) gemäß § 32 Absatz 3 Nummer 3 HRG teilnehmen. Wer nach § 19 Absatz 2 Sätze 2 und 4 der Verordnung über die zentrale Vergabe von Studienplätzen durch die Stiftung für Hochschulzulassung (VergabeVO Stiftung) vom 25. Mai 2010 (HmbGVBl. S. 390) nach Ableistung eines Dienstes einen Anspruch auf Zulassung

für den gewünschten Studiengang an der Universität Hamburg hat, wird vorab zugelassen.

§ 2

Auswahlverfahren Pharmazie

Im Studiengang Pharmazie findet eine Vorauswahl nicht statt. Die Auswahl erfolgt auf Grund der Durchschnittsnote der Hochschulzugangsberechtigung. Die Rangplatzeinordnung erfolgt im Auftrag der Universität Hamburg vollständig durch die Stiftung. Bei Ranggleichheit findet § 18 Absatz 2 VergabeVO Stiftung Anwendung.

§ 3

Auswahlverfahren Humanmedizin

(1) Die Studienplätze im AdH für den Studiengang Medizin werden nach dem Ergebnis eines schriftlichen Studierfähigkeitstests (Hamburger Auswahlverfahren für medizinische Studiengänge Naturwissenschaftsteil – HAM-Nat, § 7) und nach dem Ergebnis von Auswahlgesprächen (HAM-Int, § 8) jeweils in Verbindung mit der Durchschnittsnote der Hochschulzugangsberechtigung nach näherer Maßgabe des Absatzes 2 vergeben. Bei der Auswahl werden nur Ergebnisse des HAM-Nat und des HAM-Int aus dem aktuellen Bewerbungsjahr berücksichtigt, eine mehrfache Teilnahme an Tests in unterschiedlichen Jahren ist möglich.

(2) Die Studienplätze im AdH werden nach einer Rangliste vergeben, die wie folgt gebildet wird:

- Die ersten 115 Plätze dieser Rangliste werden denjenigen Bewerberinnen und Bewerbern zugeordnet, die unter Berücksichtigung der Durchschnittsnote der Hochschulzugangsberechtigung und des Ergebnisses des HAM-Nat (§ 7) die 115 rangbesten Plätze nach § 5 einnehmen.
- Die weiteren Plätze (116 und größer) werden denjenigen Bewerberinnen und Bewerbern zugeordnet, die auch an den Auswahlgesprächen (HAM-Int) teilgenommen haben. Die Rangfolge innerhalb dieser Gruppe wird unter Berücksichtigung der Durchschnittsnote der Hochschulzugangsberechtigung, des Ergebnisses des HAM-Nat (§ 7) und des Ergebnisses des Auswahlgesprächs (§ 8) nach § 5 bestimmt.
- Die nach vorstehend a) und b) noch nicht in der Rangliste berücksichtigten Teilnehmerinnen und Teilnehmer am HAM-Nat werden nachrangig auf die Rangliste gesetzt. Die Rangfolge innerhalb dieser Gruppe bestimmt sich wiederum unter Berücksichtigung der Durchschnittsnote der Hochschulzugangsberechtigung und des Ergebnisses des HAM-Nat (§ 7) entsprechend der vorstehend zu a) festgelegten Verfahrensweise.

§ 4

Auswahlverfahren Zahnmedizin

(1) Die Studienplätze im AdH für den Studiengang Zahnmedizin werden nach dem Ergebnis eines schriftlichen Studierfähigkeitstests (Hamburger Auswahlverfahren für medizinische Studiengänge Naturwissenschaftsteil – HAM-Nat, § 7) und dem Ergebnis einer manuellen Arbeitsprobe (HAM-Man, § 9) in Verbindung mit der Note der Hochschulzugangsberechtigung nach näherer Maßgabe des nachfolgenden Absatzes 2 vergeben. Bei der Auswahl werden nur Ergebnisse des HAM-Nat und des HAM-Man aus dem aktuellen Bewerbungsjahr berücksichtigt, eine mehrfache Teilnahme an Tests in unterschiedlichen Jahren ist möglich.

(2) Zur Ermittlung der Rangfolge werden die Durchschnittsnote der Hochschulzugangsberechtigung, das Test-

ergebnis des HAM-Nat und das Testergebnis des HAM-Man nach § 5 berücksichtigt.

§ 5

Punktvergabe, Rangbildung und Rangleichheit

(1) Die Durchschnittsnote der Hochschulzugangsberechtigung einer Bewerberin oder eines Bewerbers wird anhand einer linearen Skala in eine Punktzahl von 60 (bei Note 1,0) bis 0 (bei Note 4,0) umgerechnet. Für die Testergebnisse des HAM-Nat und des HAM-Int werden jeweils bis zu 59 Punkte, für das Testergebnis des HAM-Man werden bis zu 30 Punkte vergeben.

(2) Der Rangplatz einer Bewerberin oder eines Bewerbers in den nach § 3 und § 4 zu bildenden Ranglisten ermittelt sich jeweils nach der Summe ihrer bzw. seiner für die jeweilige Liste maßgeblichen Punktzahlen nach Absatz 1. Höhere Punktzahlsumme bedeutet besserer Rangplatz. Bei Rangleichheit findet § 18 Absatz 2 VergabeVO Stiftung Anwendung.

§ 6

Teilnehmerbegrenzungen, Vorauswahl, Termine, Kosten

(1) Die Teilnahme am HAM-Nat ist jeweils auf 1200 Teilnehmer (Medizin) und 220 Teilnehmer (Zahnmedizin) begrenzt. Zusätzlich werden die Bewerberinnen und Bewerber, die dieselbe Abiturdurchschnittsnote wie die 1200. Person (Medizin) beziehungsweise die 220. Person (Zahnmedizin) haben, eingeladen. Es findet jeweils eine Vorauswahl statt. Es werden jeweils nur Bewerberinnen und Bewerber berücksichtigt, die den Studienort Hamburg bei der Bewerbung bei der Stiftung in 1. Ortspräferenz für das Auswahlverfahren der Hochschulen genannt haben. Verbleibt ein Bewerberüberhang, werden die Plätze jeweils nach einer Rangliste vergeben. Die Rangliste wird jeweils nach den Durchschnittsnoten der Hochschulzugangsberechtigungen der Bewerberinnen bzw. Bewerber für den jeweiligen Studiengang, die den Studienort Hamburg bei der Bewerbung bei der Stiftung in 1. Ortspräferenz genannt haben, gebildet. Bei Rangleichheit findet § 18 Absatz 2 VergabeVO Stiftung Anwendung.

(2) Zum HAM-Int für den Studiengang Medizin werden die 200 unter Berücksichtigung der Durchschnittsnote der Hochschulzugangsberechtigung und des Ergebnisses des HAM-Nat (§ 7) rangbesten Bewerberinnen und Bewerber eingeladen, die nicht bereits nach § 3 Absatz 2 a) einen der vorderen 115 Rangplätze einnehmen. Für die Rangbildung gilt § 5 entsprechend.

(3) Am HAM-Man für den Studiengang Zahnmedizin kann jede Bewerberin oder jeder Bewerber teilnehmen, der zuvor am HAM-Nat teilgenommen hat. Für die Rangbildung gilt § 5 entsprechend.

(4) Die Termine von HAM-Nat, HAM-Int und HAM-Man werden mindestens sechs Wochen vorher auf den Internetseiten des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf bekannt gegeben. Die jeweiligen Einladungen werden per E-Mail mindestens drei Tage vor dem Testtermin an die bei der Bewerbung bei der Stiftung angegebene E-Mail-Adresse verschickt.

(5) Erscheint eine Bewerberin oder ein Bewerber nicht zum festgesetzten Termin oder kann ein Test nicht zu Ende geführt werden, so besteht kein Anspruch auf Einräumung eines anderen Termins.

(6) Die Bewerberin oder der Bewerber trägt die Kosten für Anreise und etwaige Unterkunft und Verpflegung.

§ 7

HAM-Nat

(1) Der HAM-Nat ist ein Multiple-choice-Test mit Fragen zu medizinisch relevanten Aspekten der Fächer Mathematik, Physik, Chemie und Biologie. Die Fragen überprüfen Kenntnisse und ihre Anwendung auf Schulniveau (Gymnasium).

(2) Der HAM-Nat wird an einem Termin pro Jahr in Hamburg durchgeführt. Die reine Testzeit beträgt nicht mehr als drei Stunden.

§ 8

HAM-Int

(1) Der HAM-Int dient der Feststellung der Eignung und Motivation der Bewerberinnen und Bewerber für den gewählten Studiengang und den angestrebten Beruf.

(2) Jede Bewerberin und jeder Bewerber führt mindestens acht Kurzgespräche mit einer Dauer von jeweils mindestens fünf Minuten zu unterschiedlichen Themenschwerpunkten mit jeweils einem oder mehreren Jurorinnen oder Juroren. Die Dekanin oder der Dekan kann die Beteiligung nicht stimmberechtigter Beisitzerinnen oder Beisitzer zulassen.

(3) Mindestens eine Jurorin bzw. ein Juror in jedem Kurzgespräch muss Mitarbeiterin bzw. Mitarbeiter des Universitätsklinikums mit Hochschulabschluss sein. Die Bestimmung der Jurorinnen und Juroren und nicht stimmberechtigter Beisitzerinnen oder Beisitzer erfolgt durch die Dekanin oder den Dekan der medizinischen Fakultät. Die Teilnahme an den Auswahlgesprächen ist für die bestellten Jurorinnen und Juroren, soweit sie Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter der Universität oder des Universitätsklinikums sind, Dienstpflicht.

(4) Hinsichtlich der Besorgnis der Befangenheit gelten die Vorschriften des Hamburgischen Verwaltungsverfahrensgesetzes entsprechend.

(5) Die Themenschwerpunkte der Kurzgespräche werden protokolliert. Die Kurzgespräche werden von jeder teilnehmenden Jurorin oder jedem teilnehmenden Juror anhand einer vorgegebenen Punkteskala bewertet. Die Einzelbewertungen für ein Kurzgespräch werden unter Berücksichtigung des Gesamtbewertungsverhaltens der einzelnen Jurorinnen und Juroren adjustiert und jeweils zu einem Ergebnis für das Kurzgespräch zusammengefasst. Die Ergebnisse der einzelnen Kurzgespräche einer Bewerberin oder eines Bewerbers fließen mit jeweils gleicher Gewichtung in die Gesamtbewertung des HAM-Int (Punktzahlvergabe nach § 5) ein.

(6) Maximal drei Kurzgespräche nach Absatz 2 können durch schriftliche oder computerbasierte Kurztests zur Ermittlung psychosozialer Kompetenzen ersetzt werden. Die Kurztests werden anhand einer vorgegebenen Bewertungsskala bewertet. Die Einzelergebnisse der Kurztests fließen mit gleicher Gewichtung wie die Einzelergebnisse der Kurzgespräche in die Gesamtbewertung nach Absatz 5 ein.

§ 9

HAM-Man

(1) Der HAM-Man ist eine Arbeitsprobe, bei der mit Hilfe einer Zange Drähte nach einer Vorlage gebogen werden müssen. Das Arbeitsmaterial wird zur Verfügung gestellt.

(2) Der HAM-Man wird an einem Termin pro Jahr in Hamburg durchgeführt. Die reine Testzeit beträgt nicht mehr als zwei Stunden.

(3) Für den HAM-Man wird nach Abschluss des Tests jeder von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern gebogene

Draht unabhängig von zwei Prüferinnen bzw. Prüfern anhand eines Bewertungsbogens auf Deckungsgleichheit mit der Vorlage, Qualität der Biegung und Planheit des Auf liegens bewertet, die Ergebnisse werden gemittelt.

§ 10

Auswahlkommission

(1) Die Auswahlkommission besteht mindestens aus der Dekanin oder dem Dekan, drei weiteren Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrern und einer oder einem Studierenden. Die Mitglieder werden durch die Dekanin oder den Dekan eingesetzt.

(2) Die Amtszeit der Mitglieder beträgt ein Jahr, eine erneute Einsetzung ist möglich.

(3) Die Auswahlkommission ist verantwortlich für die ordnungsgemäße Durchführung des Auswahlverfahrens (HAM-Nat, HAM-Int und HAM-Man). Sie bestimmt zu diesem Zweck weitere Einzelheiten der Verfahrensdurchführung, insbesondere auch zur Bewertung, durch Richtlinien (standardisierte Verfahrensanweisungen) oder durch Einzelentscheidung.

§ 11

Teilnahme am Auswahlverfahren

Am Auswahlverfahren nimmt teil, wer sich nach der VergabeVO Stiftung frist- und formgerecht mit den erforderlichen Nachweisen bei der Stiftung um einen Studienplatz beworben hat.

§ 12

Nachteilsausgleich

Macht eine Bewerberin oder ein Bewerber glaubhaft, dass sie oder er auf Grund einer Behinderung durch das Auswahlverfahren oder die Auswahlkriterien gegenüber anderen Bewerberinnen und Bewerbern benachteiligt ist, ist auf Antrag ein geeigneter Nachteilsausgleich zu gewähren; die Behindertenbeauftragte bzw. der Behindertenbeauftragte sind gemäß § 88 Absatz 3 des Hamburgischen Hochschulgesetzes hinzuzuziehen.

§ 13

Bescheiderteilung

Die Erstellung der Zulassungs- und Ablehnungsbescheide erfolgt durch die Stiftung im Namen und im Auftrag der Universität Hamburg.

§ 14

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt nach Genehmigung des Präsidiums in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung vom 16. Mai 2011 außer Kraft. Sie gilt erstmals für das Wintersemester 2012/2013.

Hamburg, den 19. April 2012

Universität Hamburg

Amtl. Anz. S. 903

**Erste Änderung
der Aufnahmeprüfungsordnung
für den Bachelorstudiengang
Dirigieren (Orchester) an der
Hochschule für Musik und Theater**

Vom 23. Mai 2012

Das Präsidium der Hochschule für Musik und Theater Hamburg hat am 23. Mai 2012 die vom Hochschulsenat am 23. Mai 2012 auf Grund von § 85 des Hamburgischen Hoch-

schulgesetzes (HmbHG) in der Fassung vom 18. Juli 2001, zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. November 2010 (HmbGVBl. 2001 S. 171, 2010 S. 605), beschlossene Erste Änderung der Aufnahmeprüfungsordnung für den Bachelorstudiengang Dirigieren (Orchester) an der Hochschule für Musik und Theater Hamburg vom 18. April 2012 (Amtl. Anz. S. 854) gemäß § 108 Absatz 1 HmbHG genehmigt.

Artikel I

§ 2 Absatz 2 wird wie folgt geändert:

„(2) Der Aufnahmeantrag ist an die Präsidentin/den Präsidenten der Hochschule zu richten. Er muss bei der Hochschule jeweils spätestens am 1. April eingegangen sein. Einmalig zum Wintersemester 2012/2013 wird das Aufnahmeprüfungsverfahren ausgesetzt.“

Artikel II

Inkrafttreten

Die Regelung des Artikels I tritt einen Tag nach Veröffentlichung im Amtlichen Anzeiger in Kraft.

Hamburg, den 23. Mai 2012

Hochschule für Musik und Theater Hamburg

Amtl. Anz. S. 905

**Erste Änderung
der Aufnahmeprüfungsordnung
für den Masterstudiengang
Dirigieren (Orchester)
an der Hochschule für Musik und Theater**

Vom 23. Mai 2012

Das Präsidium der Hochschule für Musik und Theater Hamburg hat am 23. Mai 2012 die vom Hochschulsenat am 23. Mai 2012 auf Grund von § 85 des Hamburgischen Hochschulgesetzes (HmbHG) in der Fassung vom 18. Juli 2001, zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. November 2010 (HmbGVBl. 2001 S. 171, 2010 S. 605), beschlossene Erste Änderung der Aufnahmeprüfungsordnung für den Masterstudiengang Dirigieren (Orchester) an der Hochschule für Musik und Theater Hamburg vom 18. April 2012 (Amtl. Anz. S. 856) gemäß § 108 Absatz 1 HmbHG genehmigt.

Artikel I

§ 2 Absatz 2 wird wie folgt geändert:

„(2) Der Aufnahmeantrag ist an die Präsidentin/den Präsidenten der Hochschule zu richten. Er muss bei der Hochschule jeweils spätestens am 1. April eingegangen sein. Einmalig zum Wintersemester 2012/2013 wird das Aufnahmeprüfungsverfahren ausgesetzt.“

Artikel II

Inkrafttreten

Die Regelung des Artikels I tritt einen Tag nach Veröffentlichung im Amtlichen Anzeiger in Kraft.

Hamburg, den 23. Mai 2012

Hochschule für Musik und Theater Hamburg

Amtl. Anz. S. 905

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Auftragsbekanntmachung Richtlinie 2004/18/EG

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
 Offizielle Bezeichnung:
 Freie und Hansestadt Hamburg,
 Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer
 Postanschrift:
 Sachsenfeld 3–5, 20097 Hamburg, Deutschland
 Kontaktstelle(n):
 Zu Händen von Frau Nadine Grüning,
 Telefon: +49 (0)40 / 4 28 26 - 24 94,
 Telefax: +49 (0)40 / 4 28 26 - 24 88
 E-Mail: nadine.gruening@lsbg.hamburg.de
 Weitere Auskünfte erteilen:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
 (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:
 Sonstige: siehe Anhang A.II
 Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:
 Sonstige: siehe Anhang A.III
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
 Regional- oder Lokalbehörde
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
 Sonstige: Erdbau, Böschungssicherung, Wegebau, Landschaftsbau
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**
 Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:
 Anbindung Reiherstieg, Wegeverbindung B62; ehem. DEA Fläche
- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:
 Bauauftrag
 Ausführung
 Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg
 NUTS-Code: DE600
- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):
 Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:
 Herstellung des westlichen Abschnittes Wegeverbindung vom Anschluss Uferpark bis neue Brücke Veringkanal. Länge der Baustrecke 450 m Wegeverbindung, 150 m Böschungssicherung; Erdbauarbeiten, Landschaftsbauarbeiten, Wegebau. Rückbau Stahlbeton 50 m³; Abtrag Uferböschung 590 m², Bodenabtrag LAGA Z2 4.300m³, Dachwerk herstellen 1.300 m²; Bit-Wegefläche 600 m²; Granswege 1.300 m²; Boden Kl. 3-5 ausb. 800 m³; Oberboden einb. 2.300 m³, Ansaatflächen herst. 8.850 m², Baumpfl. 86 Stück.
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)
 Hauptgegenstand: 45112711
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8) Aufteilung in Lose: Nein
- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang: –
- II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:
 Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**
 Beginn: 29. Juli 2012,
 Abschluss: 31. Oktober 2012

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kauttionen und Sicherheiten:
 Siehe Vergabeunterlagen.
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:
 Siehe Vergabeunterlagen.
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
 Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter(in).
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung: Nein
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
 Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- Angaben, ob ein Insolvenzverfahren beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde.
 - Angaben, ob sich das Unternehmen in der Liquidation befindet.
 - Angaben, dass nachweislich keine schweren Verfehlungen begangen wurden, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellen.
 - Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde.
 - Angaben, dass das Unternehmen bei der Berufsgenossenschaft angemeldet ist.
 - Angaben zur Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes. Ausländische Bieter haben vergleichbare Nachweise vorzulegen.
 - Näheres siehe Vergabeunterlagen.
- III.2.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**
 Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
- Benennung des Umsatzes des Unternehmens jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Aufträgen.
 - Benennung von Leistungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind.
 - Näheres siehe Vergabeunterlagen.
- III.2.3) **Technische Leistungsfähigkeit**
 Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
- Angabe der Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräften gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenen technischen Leitungspersonal.
 - Näheres siehe Vergabeunterlagen.
- III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –
- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:
 Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –
- III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:
 Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: –
- ABSCHNITT IV: VERFAHREN**
- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Offen
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefördert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis
- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
 Eine elektronische Auktion wird durchgeführt:
 Nein
- IV.3) **Verwaltungsangaben**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
 OV-K5-196/12
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:
 Ja, Vorinformation
 Bekanntmachungsnummer im ABl:
 2011/S 147-244178 vom 3. August 2011
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen:
 Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme:
 14. Juni 2012, 12.00 Uhr
 Kostenpflichtige Unterlagen: Ja
 Preis: 20,- Euro
 Banküberweisung, Schecks oder Briefmarken werden nicht angenommen. Überweisung des Kostenbeitrages unter Angabe des Aktenzeichens OV-K5-196/12. Die Verdingungsunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis der Einzahlung vorliegt. Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.
 Empfänger:
 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 ZVA, Konto-Nr. 375 202 205, BLZ 200 100 20,
 Geldinstitut: Postbank Hamburg,
 IBAN DE 50200100200375202205
 BICPBNKDEFF200 (Ort: Hamburg)
 Bei Bank- oder Postüberweisungen bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift A.II (Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen) schicken.
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:
 21. Juni 2012, 9.30 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:
 Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: 21. August 2012
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:
 21. Juni 2012, 9.30 Uhr
 Ort: Siehe Anhang A III.
 Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja, Bieter und ihre Bevollmächtigten.

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:** –
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/
Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) **Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren**
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer der Behörde
für Stadtentwicklung und Umwelt
Postanschrift:
Düsternstraße 10, 20355 Hamburg, Deutschland,
Telefax: +49 (0)40/4 28 40 - 20 39
- VI.4.2) **Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)**
Gemäß §107 Absatz 3 Nr. 4 GWB ist ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- VI.4.3) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:** –
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
23. Mai 2012

ANHANG A**SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN**

- I) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen nähere Auskünfte erhältlich sind:** –
- II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem)**
Offizielle Bezeichnung:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
ZVA, Zimmer E 228
Postanschrift:
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg,
Deutschland
Kontaktstelle(n):
Telefax: +49 (0)40 / 4 28 40 - 25 54
- III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/Teilnahmeanträge zu senden sind**
Offizielle Bezeichnung:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
R-ZVA, Zimmer E 231
Postanschrift:
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg,
Deutschland

Hamburg, den 23. Mai 2012

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

482

**Auftragsbekanntmachung
(Richtlinie 2004/18/EG)****ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER**

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
Offizielle Bezeichnung:
igs internationale gartenschau hamburg 2013 GmbH
Postanschrift:
Pollhornbogen 18, 21107 Hamburg,
Deutschland
Kontaktstelle(n):
Zu Händen von: Frau Claudia Mohr,
Telefon: +49 (0)40 / 226 31 98 713,
Telefax: +49 (0)40 / 226 31 98 99,
E-Mail: claudia.mohr@igs.hamburg.de
Weitere Auskünfte erteilen:
die oben genannten Kontaktstellen
Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:
Sontige: siehe Anhang A.II
Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:
Sontige: siehe Anhang A.III
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
Sontige: igs gartenschau hamburg 2013 GmbH
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
Sontige: igs gartenschau hamburg 2013 GmbH
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**
Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Ja
- ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND**
- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:**
OV-IGS-195/12 Gärtnerische Ausgestaltung Ausstellung Gärtnermarkt, Dahlien und Kübel.
- II.1.2) **Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:**
Bauftrag
Ausführung
Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg
NUTS-Code: DE600
- II.1.3) **Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):**
Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.
- II.1.4) **Angaben zur Rahmenvereinbarung:** –

- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:
Pflanz- und Pflegeleistungen von 2300 m² Ausstellungsbereich Rhododendron (Gehölze insbesondere Rhododendren, Stauden und Geophyten).
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)
Hauptgegenstand: 45112711
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8) Aufteilung in Lose: Nein
- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang: –
- II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:
Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**
Beginn: 15. August 2012
Abschluss: 15. November 2013
- ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN**
- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kauttionen und Sicherheiten:
Siehe Vergabeunterlagen
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:
Siehe Vergabeunterlagen
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter(in).
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung:
Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
– Angaben, ob ein Insolvenzverfahren beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde.
– Angaben, ob sich das Unternehmen in der Liquidation befindet.
– Angaben, dass nachweislich keine schweren Verfehlungen begangen wurden, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellen.
- Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde.
- Angaben, dass das Unternehmen bei der Berufsgenossenschaft angemeldet ist.
- Angaben zur Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes. Ausländische Bieter haben vergleichbare Nachweise vorzulegen.
- Näheres siehe Vergabeunterlagen.
- III.2.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
– Benennung des Umsatzes des Unternehmens jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Aufträgen.
– Benennung von Leistungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind.
– Näheres siehe Vergabeunterlagen.
- III.2.3) **Technische Leistungsfähigkeit**
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
– Angabe der Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräften gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenen technischen Leitungspersonal.
– Näheres siehe Vergabeunterlagen.
- III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –
- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand: –
- III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: –
- ABSCHNITT IV: VERFAHREN**
- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Offen
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis
- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

- IV.3) **Verwaltungsangaben**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
OV-IGS-195/12
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:
Ja, Vorinformation
Bekanntmachungsnummer im ABl:
2011/S 237-382920 vom 9. Dezember 2011
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen:
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme:
21. Juni 2012, 12.00 Uhr
Kostenpflichtige Unterlagen: Ja
Preis: 18,- Euro
Zahlungsbedingungen und -weise:
Banküberweisung, Schecks oder Briefmarken werden nicht angenommen. Überweisung des Kostenbeitrages unter Angabe des Aktenzeichens OV-IGS-195/12. Die Verdingungsunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis der Einzahlung vorliegt. Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.
Empfänger:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
ZVA, Konto-Nr. 375 202 205, BLZ 200 100 20,
Geldinstitut: Postbank Hamburg.
Bei Bank- oder Postüberweisungen bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift A.II (Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen) schicken.
IBAN DE 50200100200375202205,
BICPBNKDEFF200 (Ort: Hamburg)
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:
26. Juni 2012, 10.30 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: 1. August 2012
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:
Tag: 26. Juni 2012, 10.30 Uhr
Ort: siehe Anhang A.III
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja, Bieter und ihre Bevollmächtigten.
- ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN**
- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:** Nein
- VI.2) **Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird:** Nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:** –
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/
Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Postanschrift:
Düsternstraße 10, 20355 Hamburg, Deutschland,
Telefax: +49 (0)40 / 4 28 40 - 20 39
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)
Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Gemäß §107 Absatz 3 Nr. 4 GWB ist ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: –
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
23. Mai 2012
- ANHANG A**
- SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN**
- I) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen nähere Auskünfte erhältlich sind:** –
- II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem)**
Offizielle Bezeichnung:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
ZVA, Zimmer E 228
Postanschrift:
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg,
Deutschland
Kontaktstelle(n):
Telefax: +49 (0)40 / 4 28 40 - 25 54
- III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/ Teilnahmeanträge zu senden sind**
Offizielle Bezeichnung:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
ZVA, Zimmer E 231
Postanschrift:
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg,
Deutschland
- IV) **Adresse des anderen öffentlichen Auftraggebers, in dessen Namen der öffentliche Auftraggeber beschafft**
Offizielle Bezeichnung:
igs internationale gartenschau
hamburg 2013 GmbH

Postanschrift:

Pollhornbogen 18, 21107 Hamburg,
Deutschland

Hamburg, den 23. Mai 2012

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

483

Öffentliche Ausschreibung

Vergabenummer: 12 A 0130

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 0,
Telefax: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 2 06
- b) Vergabeverfahren:
Öffentliche Ausschreibung, VOB/A
Vergabenummer: **12 A 0130**
Lufttechnische Anlagen
4121 K 1056 Einbau eines MRT (Kernspintomograph)
- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen: –
- d) Art des Auftrages: **Ausführen von Bauleistungen**
- e) Ort der Ausführung:
**Bundeswehrkrankenhaus Hamburg,
Lesserstraße 180, 22049 Hamburg**
- f) Art und Umfang der Leistung, allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:
Allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:
Bestandsgebäude/Arbeiten bei laufendem Betrieb
Art und Umfang der Leistung:
Erstellen einer Klimaanlage und einer Kälteanlage. Die Klimaanlage erhält die Funktionen: heizen, kühlen, entfeuchten und befeuchten. Die Luftmenge beträgt 2.600 m³/h und wird in 4 Zonen verteilt. Als WRG ist ein Kreuzstromwärmetauscher vorgesehen, für die Befeuchtung ist ein elektrischer Dampfbefeuchter ausgeschrieben. Im Untersuchungsraum wird die gesamte Kühllast durch die Klimaanlage abgeführt. In den übrigen Zonen sind zusätzlich Umluftkühler einzubauen. Neben der Klimaanlage und den Umluftkühlern muss auch das MRT-Gerät, sowie der Technikraum mit Kaltwasser versorgt werden. Hierfür ist ein Flüssigkeitskühler mit einer Leistung von 90 kW vorgesehen. Die Rückkühlung erfolgt durch zwei Tischkühler. Die Anlage ist in der Lage im Freikühlbetrieb zu arbeiten. Ausgewählte Massen: 140 m² Luftkanäle, 70 m² Formstücke, 15 Luftauslässe, 8 Brandschutzklappen, 6 Volumenstromregler, 5 Kaltwasserkassetten, 5 Umwälzpumpen, 60 m Kupferrohr DN 80 bis DN 65, 20 m Kupferrohr DN 35 bis DN 25. Die technischen Dämmarbeiten, sowie die notwendige MSR-Technik sind nicht Bestandteil dieser Ausschreibung!
- g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein
- h) Aufteilung in Lose: Nein
- i) Ausführungsfrist:
Beginn der Ausführung: 16. Juli 2012
Fertigstellung der Leistungen bis: 1. Februar 2013

- j) Nebenangebote: sind zugelassen
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen:
bei Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
Bewerbungsschluss: 11. Juni 2012
Versand der Verdingungsunterlagen: 15. Juni 2012
- l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:
Höhe des Entgeltes: 18,- Euro
Zahlungsweise: Banküberweisung (Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.)
Empfänger: siehe Buchstabe a)
Kontonummer: 1 027 210 333
BLZ: 200 505 50, Geldinstitut: Hamburger Sparkasse
IBAN: DE 22 200 505 50 1027 210333
BIC-Code: HASPDEHHXXX
Verwendungszweck:
Kauf der Verdingungsunterlagen 12 A 0130
Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.
Hinweis:
Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn
– auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,
– gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,
– das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.
Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.
- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
- q) Angebotseröffnung:
3. Juli 2012, 10.00 Uhr,
Ort: siehe Buchstabe a)
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen: Bieter und ihre Bevollmächtigten
- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen
- t) Rechtsform der Bietergemeinschaften:
selbstschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter
- u) Nachweise zur Eignung:
Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmern ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmer präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.
Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmern sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmern abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmer sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmer in der Liste

des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmer) durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen.

Das Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) ist erhältlich.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: –

v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 3. August 2012

w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:

Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 450

Zur Überprüfung der Zuordnung zum 20%-Kontingent für nicht EU-weite Vergabeverfahren (§ 2 Nr. 6 VgV):

Vergabekammer (§ 104 GWB)

x) Sonstige Angaben:

Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

**Technische Fragen: Herr von Mirbach
Telefon: 040/4 28 04 - 26 17**

Hamburg, den 23. Mai 2012

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Bundesbauabteilung –**

484

Bauaufträge – Offenes Verfahren nachVOB/A Vergabenummer: 12 E 0152

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name und Anschrift des Öffentlichen Auftraggebers (Vergabestelle)**

Bundesrepublik Deutschland, diese vertreten durch die Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Bauordnung und Hochbau, Bundesbauabteilung, Pappelallee 41, 22089 Hamburg, Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 0, Telefax: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 2 06

Anhang A

Anschrift für nähere Auskünfte, für Anforderung von Unterlagen, für Angebote: Siehe I.1)

Auskünfte zum Verfahren erteilt:

Anschrift siehe I.1)

Auskünfte zum technischen Inhalt erteilt:

Anschrift siehe I.1)

und Herr Zimmer,

Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 4 35

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrages:**

Vergabe 12 E 0152

Straßenbau, Oberflächen und Entwässerung, Zufahrt Notaufnahme, Patientenpark

zur Maßnahme 4121 G 0701
Bundeswehrkrankenhaus Hamburg,
Neubau Bettenhaus
in der Liegenschaft 4121
wie vor

Leistungen des Bauhauptgewerkes

II.1.2) **Art des Bauauftrags:**

Ausführung von Bauleistungen

Ort der Ausführung:

Lesserstraße 180, 22049 Hamburg

II.1.8) **Aufteilung in Lose: Nein**

II.2.1) **Menge oder Umfang der Leistung:**

– Herstellen von Regen- und Schmutzwasserentwässerungsleitungen bis DN 300 in GFK, ca. 120 m, Anschlussleitungen in PP KG2000, ca. 200 m,

– Aufnehmen vorhandener Oberflächenbefestigungen, ca. 2500 m²,

– Neubau Oberflächenbefestigungen: Fahrstraße Bauklasse IV ca. 850 m², Pkw-Stellplatzanlage mit 85 Stellplätzen, Gehwege ca. 1350 m², Lieferhof und Vorfahrten und überfahrbare Gehwege, ca. 1800 m²,

– Neubau Trinkwasserleitungen bis DN 200m ca. 100 m

– Neubau Außenbeleuchtung, ca. 15 Mastleuchten sowie ca. 300 m Stromkabel für Beleuchtung.

Technische Leistungsfähigkeit:

– Anerkannter Fachbetrieb gem. § 13 b des Hamburgischen Abwassergesetzes (HmbAbwG) für Arbeiten an Abwasserkanalanlagen

– Nachweis AK 3 nach RAL-GZ 961 oder Vorlage eines entsprechenden Erstprüfungsberichtes mit Verpflichtung einer Fremd- und Eigenüberwachung (RAL-GZ 961 Abschnitt 4)

– Fachunternehmen mit Zertifizierung nach DVGW Arbeitsblatt GW 301

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**

Beginn der Ausführungsfrist: 13. August 2012

Ende der Ausführungsfrist: 3. Mai 2013

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.2.1) **Zuschlagskriterien: siehe Vergabeunterlage**

IV.3.3) **Bedingungen für den Erhalt von Verdingungs-/ Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen**

Bewerbungsschluss: 15. Juni 2012

Versand der Verdingungsunterlagen:
22. Juni 2012

Höhe des Entgeltes: 20,- Euro

Zahlungsweise: Banküberweisung (Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen).

Empfänger: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, siehe I.1)

BLZ: 200 505 50, Kontonummer: 1027 210 333, Geldinstitut: Hamburger Sparkasse

IBAN: DE 22 200 505 50 1027 210333

BIC-Code: HASPDEHHXXX

Verwendungszweck:

Kauf der Verdingungsunterlagen 12 E 0152

Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.

Hinweis: Die Vergabeunterlagen können nur versendet werden, wenn

- auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,
- gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe Ihrer vollständigen Firmenadresse) bei der in Abschnitt I.1 bzw. Anhang A genannten Stelle angefordert wurden,
- das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.

Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

IV.3.4 Schlusstermin für den Eingang der Angebote:

31. Juli 2012, 10.00 Uhr

IV.3.7 Bindefrist des Angebots bis 14. September 2012

IV.3.8 Angebotseröffnung:

31. Juli 2012, 10.00 Uhr

Ort: Anschrift siehe I.1)

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

Mit dem Angebot sind folgende Eignungsnachweise vorzulegen:

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmen präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmen abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmen sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmen in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen.

Das Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) ist erhältlich.

VI.4.1 Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren (Vergabekammer nach § 104 GWB):

Bundeskartellamt Bonn,
Kaiser-Friedrich-Straße 16, 53113 Bonn,

Telefon: 02 28 / 94 99 - 0,
Telefax: 02 28 / 94 99 - 4 00

VI.4.3 Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind:

Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Amt für Bauordnung und Hochbau,
Bundesbauabteilung,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 4 50,
Telefax: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 2 06

Hamburg, den 25. Mai 2012

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Bundesbauabteilung –**

485

Teilnahmewettbewerb

Aktualisierung des Scheckheftes der Hamburger Existenzgründungsinitiative (H.E.I.)

a) **Bezeichnung (Anschrift) des Auftraggebers:**

Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Amt Innovations- und Strukturpolitik,
Mittelstand, Hafen
Alter Steinweg 4, 20459 Hamburg

Bezeichnung (Anschrift) der Stelle, bei der die Teilnahmeanträge einzureichen sind:

Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Angebotssammelstelle/Hauptgeschäftsstelle
Teilnahmeantrag Freihändige Vergabe F 03/2012
Alter Steinweg 4, 20459 Hamburg

b) **Art der Vergabe:**

Freihändige Vergabe mit Teilnahmewettbewerb.

c) **Form der Abgabe der Teilnahmeanträge:**

Schriftlich in verschlossenem Umschlag. Der Umschlag ist mit dem Namen und der Anschrift des Absenders sowie dem Vermerk „Teilnahmeantrag Freihändige Vergabe Nr. 03/2012“ zu versehen.

d) **Art und Umfang der Leistung sowie Ort der Leistungserbringung:**

Der Auftrag umfasst die Fortführung und Weiterentwicklung des bestehenden H.E.I.-Coachingprogramms mit dem Scheckheft „Selbständigkeit kann man lernen“ für das Jahr 2013 mit Verlängerungsmöglichkeit für die Jahre 2014 und 2015. Neben der Ergänzung und Überarbeitung von Scheckheft und zugehörigem Internetauftritt gehören die Kontaktierung der bisherigen ca. 60 Anbieter im Scheckheft 2012 sowie potentieller neuer Anbieter, die Abstimmung und Prüfung von neuen Seminarangeboten für das Scheckheft und die Erstellung einer Datenbank und deren Pflege nach Vorgaben der H.E.I.-Geschäftsstelle zu den Aufgaben. Ein ausreichendes Gesamtangebot mit ca. 100 Angeboten und mindestens 300 Terminen ist sicherzustellen.

Die erforderlichen inhaltlichen Abstimmungen mit der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (BWVI) und der H.E.I. erfordern bis zum Ende des Jahres 2012 eine erhöhte Präsenz in Hamburg. Ab 1. Januar 2013 erfolgt die Abstimmung der Arbeitsergebnisse mit der BWVI und der H.E.I. mindestens vierteljährlich.

e) **Gegebenenfalls Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose:**

Entfällt.

f) **Gegebenenfalls Zulassung von Nebenangeboten:**

Entfällt.

g) **Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist:**

Das Scheckheft sowie der Internetauftritt sollen bis Ende November 2012 vollständig ergänzt und überarbeitet sein. Die fertigen Scheckhefte müssen bis spätestens Mitte Dezember 2012 zum Versand bei der H.E.I.-Geschäftsstelle vorliegen. Die Ausführungsfristen gelten bei Verlängerung für die Folgejahre entsprechend.

h) **Bezeichnung (Anschrift) der Stelle, die die Unterlagen abgibt, die mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen sind:**

Vordrucke für die unter l) genannten Eigenerklärungen Nr. 1 bis 4 können bis zum 19. Juni 2012 schriftlich oder per E-Mail bei der unten genannten Stelle abgefordert werden.

Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Ausschreibungsstelle (ZV 223)
Alter Steinweg 4, 20459 Hamburg
E-Mail: Jens.Rubbert@bwvi.hamburg.de

i) **Ablauf der Teilnahmefrist:**

21. Juni 2012, 14.00 Uhr.

j) **Höhe etwa geforderter Sicherheitsleistungen:**

Keine.

k) **Wesentliche Zahlungsbedingungen oder Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind:**

Die wesentlichen Zahlungsbedingungen werden den ausgewählten Bewerbern nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs in den Vergabeunterlagen (Leistungsbeschreibung) bekannt gegeben.

l) **Mit dem Teilnahmeantrag vorzulegende Unterlagen, die der Auftraggeber für die Beurteilung der Eignung des Bieters verlangt:**

1. Eigenerklärung, dass der Bieter seinen gesetzlichen Pflichten zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie zur Zahlung der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung (Kranken-, Unfall-, Renten- und Arbeitslosenversicherung) nachgekommen ist.
2. Eigenerklärung, dass über das Vermögen des Bieters nicht das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist.
3. Eigenerklärung, mit der der Bieter bestätigt, dass dem Angebot nur die eigenen Preisermittlungen zu Grunde liegen und dass mit anderen Bewerbern Vereinbarungen weder über die Preisbildung noch über die Gewährung von Vorteilen an Mitbewerber getroffen sind und auch nicht nach Abgabe des Angebots getroffen werden.
4. Eigenerklärung gemäß der „Richtlinie über den Ausschluss von Bewerbern und Bietern von der Vergabe öffentlicher Aufträge wegen schwerer Verfehlungen, die ihre Zuverlässigkeit in Frage stellen“.
5. Darstellung des Unternehmensprofils in Bezug auf Arbeitsbereiche und Infrastruktur sowie unterschriebene Jahresabschlussrechnungen (Bilanzen) der letzten drei Jahre.

6. Erfahrungen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit und im Umgang mit Kunden (nachzuweisen durch Referenzen, Broschüren und/oder Verweis auf erstellte Internetauftritte).

Bei Bietergemeinschaften sind alle Erklärungen und Nachweise für jedes Mitglied gesondert vorzulegen.

Fremdsprachige Bescheinigungen bedürfen einer Übersetzung in die deutsche Sprache.

m) **Gegebenenfalls Höhe der Kosten für Vervielfältigungen der Vergabeunterlagen:**

Entfällt.

n) **Zuschlagskriterien:**

Die Zuschlagskriterien werden den ausgewählten Bewerbern nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs in den Vergabeunterlagen (Leistungsbeschreibung) bekannt gegeben.

o) **Sonstiges:**

Bewerber müssen in ihrem Teilnahmeantrag eine gültige E-Mail-Adresse angeben, da die Auftraggeberin Vergabeunterlagen und sonstige Informationen ausschließlich elektronisch per E-Mail versendet.

Um Interessenkollisionen zu vermeiden, sind Unternehmen und Personen, die innerhalb der Vertragslaufzeit Seminare im Rahmen des Coachingprogramms anbieten, von der Ausschreibung ausgeschlossen.

Das Scheckheft 2012 ist unter

<http://www.hei-hamburg.de/97,coachingprogramm.html> abrufbar.

Hamburg, den 25. Mai 2012

Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

486

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

II.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg

Postanschrift:

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg,
3B2 Ausschreibungen,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Kontaktstelle(n):

Zu Händen von: Frau Anja Brandenberger

Telefon: +49/040/4 28 23 - 62 85

Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
Regional- oder Lokalbehörde
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
Allgemeine öffentliche Verwaltung
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**
Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:
Freianlagenbetreuung in den Aufgaben der Bewirtschaftung und Instandhaltung an Allgemeinbildenden und Beruflichen Schulen in Hamburg
- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:
Dienstleistungen
Dienstleistungskategorie Nr: 27
Sonstige Dienstleistungen
Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg
NUTS-Code: DE600
- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):
Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:
Seit dem 1. Januar 2010 ist das Sondervermögen Schulbau wirtschaftlicher Eigentümer aller für schulische Zwecke genutzter Grundstücke und Gebäude der staatlichen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Hamburg mit einer Grundstücksfläche von rd. 9,1 Mio. m² und einer Hauptnutzfläche von rd. 2,2 Mio. m². Das Sondervermögen hat die Aufgabe, die Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu bewirtschaften und sie an die Behörde für Schule und Berufsbildung zu vermieten.
Die ausgeschriebene Tätigkeit umfasst die Planung und Betreuung der Unterhaltungsarbeiten (Bewirtschaftung und Instandhaltung) im Bereich der Außenanlagen von Hamburger Schulen. Ziel ist das Herstellen und Erhalten eines verkehrssicheren Zustandes in den Schulaußenanlagen unter Berücksichtigung der örtlichen Bedingungen und Ansprüche der Unterrichtsbelange sowie der ökologischen und wirtschaftlichen Anforderungen.
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)
Hauptgegenstand: 77300000

- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8) Lose:
Aufteilung des Auftrags in Lose: Ja
Angebote sind möglich für: alle Lose
- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
Gemäß Schwellenwertberechnung wird das Auftragsvolumen auf ca. 1.200.000,- Euro inklusive Nebenkosten und ohne Umsatzsteuer geschätzt.
- II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:
Dieser Auftrag kann verlängert werden: Ja
Zahl der möglichen Verlängerungen: 2
Voraussichtlicher Zeitrahmen für Folgeaufträge bei verlängerbaren Liefer- oder Dienstleistungsaufträgen: 24 Monate
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**
Laufzeit: 48 Monate ab Auftragsvergabe

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kauttionen und Sicherheiten: –
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
Bietergemeinschaften sind unter folgenden Bedingungen zugelassen: Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter(in).
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:
Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Es wird darauf hingewiesen, dass die gemäß §7 (13) VOL eingeräumte Befugnis zum Nachreichen von Unterlagen vorliegend nicht zum Tragen kommt. Fehlende Ergänzungen und Nachweise, die gefordert und bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist nicht vorgelegt wurden, führen in diesem Verfahren zwingend zum Ausschluss.
– Kurzkonzert (max. 2 DIN A4-Seiten, Schriftgröße 11 pt) zur Bearbeitung des vorliegenden Auftrags, aus dem die Herangehensweise, sowie die Kapazitäten des Büros hervorgeht. Es muss gewährleistet werden, dass auch bei Krankheit oder Verhinderung des Personals

- des Auftragnehmers, die Arbeit weiter voranschreitet.
- Eigenerklärung (Formblatt beiliegend).
 - Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (nicht älter als 6 Monate).
 - Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (Auszug Krankenversicherung).
 - Scientologyerklärung (Formblatt anbei).
 - Verpflichtungserklärung (Formblatt anbei).
- III.2.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Es wird darauf hingewiesen, dass die gemäß § 7 (13) VOL eingeräumte Befugnis zum Nachreichen von Unterlagen vorliegend nicht zum Tragen kommt. Fehlende Ergänzungen und Nachweise, die gefordert und bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist nicht vorgelegt wurden, führen in diesem Verfahren zwingend zum Ausschluss.
- Umsätze aus den letzten drei Jahren (2009, 2010, 2011).
- III.2.3) **Technische Leistungsfähigkeit**
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Es wird darauf hingewiesen, dass die gemäß § 7 (13) VOL eingeräumte Befugnis zum Nachreichen von Unterlagen vorliegend nicht zum Tragen kommt. Fehlende Ergänzungen und Nachweise, die gefordert und bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist nicht vorgelegt wurden, führen in diesem Verfahren zwingend zum Ausschluss.
- Nachweis über ein abgeschlossenes Studium der Landschaftsarchitektur/Freiraumplanung/Landschaftspflege an einer Fachhochschule oder Universität (nachzuweisen durch Abschlusszeugnis).
 - Praxiserfahrung in der Betreuung von Schulen oder Kinderganztagesbetreuungseinrichtungen (nachzuweisen durch 2 Referenzen).
 - Sicherer Umgang mit Office-Programmen, Ausstattung mit Office 2010 wünschenswert.
- Diese Nachweise sind mit dem Angebot einzureichen.
- III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –
- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:
Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Nein
- III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:
Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Ja
- ABSCHNITT IV: VERFAHREN**
- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Offen
Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden: Nein
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien:
Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.
- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein
- IV.3) **Verwaltungsangaben**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
SBH VOL 023/2012
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:
Nein
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 13. Juni 2012, 14.00 Uhr
Kostspflichtige Unterlagen: Ja
Preis: 5,- Euro
Zahlungsbedingungen und -weise:
Verwendungszweck: 7005852, SBH VOL 023/2012
Kontonummer: 20 10 15 29
BLZ 200 000 00
Deutsche Bundesbank Hamburg
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:
20. Juni 2012, 14.00 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots:
30 Tage ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote.
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Nein

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Ja
Voraussichtlicher Zeitpunkt weiterer Bekanntmachungen: 2016
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
Anfragen von Bewerbern werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung auf der folgenden Homepage veröffentlicht:
<http://www.hamburg.de/ausschreibungen-vob/23684/start.html>
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/
Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/
Nachprüfungsverfahren**
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer der Finanzbehörde Hamburg
Postanschrift:
Rödingsmarkt 2, 20459 Hamburg, Deutschland
Telefax: +49/40/4 28 23 - 20 20
- VI.4.2) **Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt
VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)**
Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.
Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- VI.4.3) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von
Rechtsbehelfen erteilt:**
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer der Finanzbehörde Hamburg
Postanschrift:
Rödingsmarkt 2, 20459 Hamburg, Deutschland
Telefax: +49/40/4 28 23 - 20 20
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
21. Mai 2012

ANHANG B**ANGABE ZU DEN LOSEN****Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:**

Freianlagenbetreuung in den Aufgaben der Bewirtschaftung und Instandhaltung an Allgemeinbildenden und Beruflichen Schulen in Hamburg.

Los-Nr. 1 Bezeichnung: Altona

1. **Kurze Beschreibung:**
Freianlagenbetreuung in den Aufgaben der Bewirtschaftung und Instandhaltung an Allgemeinbildenden und Beruflichen Schulen in Hamburg Altona
2. **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV):**
Hauptgegenstand: 77300000
3. **Menge oder Umfang:**
Veranschlagte Kosten ohne MwSt:
171 428,- Euro
4. **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**
5. **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Die Angebotsabgabe ist möglich für alle Lose. Es werden, je nach Leistungsfähigkeit, nur maximal 3 Lose an einen Bieter vergeben.

Los-Nr. 2 Bezeichnung: Eimsbüttel

1. **Kurze Beschreibung:**
Freianlagenbetreuung in den Aufgaben der Bewirtschaftung und Instandhaltung an Allgemeinbildenden und Beruflichen Schulen in Hamburg Eimsbüttel
2. **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV):**
Hauptgegenstand: 77300000
3. **Menge oder Umfang:**
Veranschlagte Kosten ohne MwSt:
171 428,- Euro
4. **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**
5. **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Die Angebotsabgabe ist möglich für alle Lose. Es werden, je nach Leistungsfähigkeit, nur maximal 3 Lose an einen Bieter vergeben.

Los-Nr. 3 Bezeichnung: Hamburg-Nord

1. **Kurze Beschreibung:**
Freianlagenbetreuung in den Aufgaben der Bewirtschaftung und Instandhaltung an Allgemeinbildenden und Beruflichen Schulen in Hamburg-Nord
2. **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV):**
Hauptgegenstand: 77300000
3. **Menge oder Umfang:**
Veranschlagte Kosten ohne MwSt:
171 428,- Euro
4. **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**
5. **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Die Angebotsabgabe ist möglich für alle Lose. Es werden, je nach Leistungsfähigkeit, nur maximal 3 Lose an einen Bieter vergeben.

Los-Nr. 4 Bezeichnung: Wandsbek-Nord

1. **Kurze Beschreibung:**
Freianlagenbetreuung in den Aufgaben der Bewirtschaftung und Instandhaltung an Allgemeinbildenden und Beruflichen Schulen in Hamburg Wandsbek-Nord
2. **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV):**
Hauptgegenstand: 77300000
3. **Menge oder Umfang:**
Veranschlagte Kosten ohne MwSt:
171 428,- Euro
4. **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**
5. **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Die Angebotsabgabe ist möglich für alle Lose. Es werden, je nach Leistungsfähigkeit, nur maximal 3 Lose an einen Bieter vergeben.

Los-Nr. 5 Bezeichnung: Wandsbek-Süd

1. **Kurze Beschreibung:**
Freianlagenbetreuung in den Aufgaben der Bewirtschaftung und Instandhaltung an Allgemeinbildenden und Beruflichen Schulen in Hamburg Wandsbek-Süd
2. **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV):**
Hauptgegenstand: 77300000
3. **Menge oder Umfang:**
Veranschlagte Kosten ohne MwSt:
171 428,- Euro
4. **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**
5. **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Die Angebotsabgabe ist möglich für alle Lose. Es werden, je nach Leistungsfähigkeit, nur maximal 3 Lose an einen Bieter vergeben.

Los-Nr. 6 Bezeichnung: Mitte

1. **Kurze Beschreibung:**
Freianlagenbetreuung in den Aufgaben der Bewirtschaftung und Instandhaltung an Allgemeinbildenden und Beruflichen Schulen in Hamburg Mitte
2. **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV):**
Hauptgegenstand: 77300000
3. **Menge oder Umfang:**
Veranschlagte Kosten ohne MwSt:
171 428,- Euro
4. **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**
5. **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Die Angebotsabgabe ist möglich für alle Lose. Es werden, je nach Leistungsfähigkeit, nur maximal 3 Lose an einen Bieter vergeben.

Los-Nr. 7 Bezeichnung: Bergedorf und Harburg

1. **Kurze Beschreibung:**
Freianlagenbetreuung in den Aufgaben der Bewirtschaftung und Instandhaltung an Allgemeinbildenden und Beruflichen Schulen in Hamburg Bergedorf und Harburg
2. **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV):**
Hauptgegenstand: 77300000
3. **Menge oder Umfang:**
Veranschlagte Kosten ohne MwSt:
171 428,- Euro
4. **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**
5. **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Die Angebotsabgabe ist möglich für alle Lose. Es werden, je nach Leistungsfähigkeit, nur maximal 3 Lose an einen Bieter vergeben.

Hamburg, den 21. Mai 2012

Die Finanzbehörde

487

Bekanntmachung über zusätzliche Informationen, Informationen über nichtabgeschlossene Verfahren oder Berichtigung**ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER**

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
Offizielle Bezeichnung:
Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg
Postanschrift:
Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg,
3B2 Ausschreibungen,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland
Kontaktstelle(n):
Zu Händen von: Frau Kirsten Spann
Telefon: +49/040/4 28 23 - 62 68
Telefax: +49/040/4 28 23 - 62 71
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

- I.2) **Art der beschaffenden Stelle**
Öffentlicher Auftraggeber

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:**
Zubau von Unterrichtsräumen, Verwaltungs- und Lehrerflächen sowie einem Ganztagsbereich (Cafeteria) in Hamburg Oldenfelde – Objektplanung gemäß § 33 HOAL.
- II.1.2) **Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens (siehe Angaben in der ursprünglichen Bekanntmachung):**
Seit dem 1. Januar 2010 ist das Sondervermögen Schulbau wirtschaftlicher Eigentümer aller für schulische Zwecke genutzter Grundstücke und Gebäude der staatlichen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Hamburg mit einer Grundstücksfläche von rd. 9,1 Mio. m² und einer

Hauptnutzfläche von rd. 2,2 Mio. m². Das Sondervermögen hat die Aufgabe, die Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu bewirtschaften und sie an die Behörde für Schule und Berufsbildung zu vermieten.

In dieser Tätigkeit wurde Schulbau Hamburg mit dem Neubau einer Cafeteria für die Stadtteilschule und das Gymnasium und mit der Erweiterung der Stadtteilschule Oldenfelde, Delingsdorfer Weg 6 in Hamburg, beauftragt. Für die Gesamtmaßnahme ist gemäß Auftragsbeschreibung ein Investitionsvolumen von ca. 6,7 Mio. Euro inkl. USt. geschätzt. Eine Machbarkeitsstudie liegt als abgeschlossene Leistung vor. Die Ergebnisse der Studie werden Bestandteil der Unterlagen zur Aufforderung zur Angebotsabgabe dieses Verhandlungsverfahrens. Die Verfasser der Studie sind grundsätzlich nicht vom Teilnahmewettbewerb ausgeschlossen.

Der Auftrag umfasst folgenden Zubau:

1. Zubau (als Umbau und Erweiterungsbau) von allgemeinen Unterrichtsräumen und Verwaltung für die Stadtteilschule. Im Einzelnen:
 - Zubau von allgemeinen Unterrichtsflächen (ca. 528 m² NF);
 - Zubau von 1 Naturwissenschaftsraum (ca. 96 m² NF);
 - Zubau von 1 Musikraum (ca. 96 m² NF);
 - Zubau von Lehrer- und Verwaltungsflächen (ca. 192 m² NF);
2. Neubau eines Ganztagsbereichs (Cafeteria) in einem freistehenden Baukörper mit Aufwärm-/Spülküche, multifunktionaler Essensausgabe/Fläche, dazugehörigen Nebenräumen sowie einem Koordinationsbereich (ca. 624 m² NF).

Die Maßnahme soll unverzüglich durchgeführt werden. Die Baumaßnahme erfolgt bei laufendem Schulbetrieb. Die zu vergebenen Leistungen bestehen aus Leistungsphasen 1 bis 9 gem. §33 HOAI, Objektplanung Gebäude. Die Leistung wird in folgenden Stufen beauftragt werden: Stufe 1 (Lph. 1-4), Stufe 2 (Lph. 5-7), Stufe 3 (Lph. 8-9).

- II.1.3) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)
Hauptgegenstand: 71240000

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

- IV.1) **Verfahrensart:** Verhandlungsverfahren
IV.2) **Verwaltungsangaben**
IV.2.1) Aktenzeichen (siehe Angaben in der ursprünglichen Bekanntmachung): SBH VOF 008/2012

- IV.2.2) Referenznummer der Bekanntmachung für elektronisch übermittelte Bekanntmachungen:
Übermittlung der ursprünglichen Bekanntmachung über: eNotices
Login: –
Referenznummer der Bekanntmachung: 2012-068926
IV.2.3) Bekanntmachung, auf die sich diese Veröffentlichung bezieht: –
IV.2.4) Tag der Absendung der ursprünglichen Bekanntmachung: 16. Mai 2012

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Diese Bekanntmachung bezieht sich auf:**
Berichtigung
VI.2) **Informationen über nichtabgeschlossene Bergeverfahren:** –
VI.3) **Zu berichtende oder zusätzliche Informationen:**
VI.3.1) Änderung der ursprünglichen Informationen, die vom öffentlichen Auftraggeber übermittelt wurden.
VI.3.2) In der ursprünglichen Bekanntmachung
VI.3.3) **In der ursprünglichen Bekanntmachung zu berichtender Text**
Stelle des zu berichtenden Textes:
bei
II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:
und
II.2.2) Angaben zu Optionen:
Anstatt:
Die Leistung wird in folgenden Stufen beauftragt werden: Stufe 1 (Lph. 1-4), Stufe 2 (Lph. 5-7) und Stufe 3 (Lph. 8-9).
muss es heißen:
Die zu vergebenen Leistungen bestehen aus den Leistungsphasen 1, 2 gemäß § 33 HOAI, Objektplanung Gebäude sowie optional durch Bestimmung des Auftraggebers die Leistungsphasen 3-9 gemäß § 33 HOAI, Objektplanung Gebäude, gegebenenfalls in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen.
VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
23. Mai 2012

Hamburg, den 23. Mai 2012

Die Finanzbehörde

Gerichtliche Mitteilungen

Konkursverfahren

65 b N 52/94. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **RTV Beteiligungen GmbH**, Stein-damm 80, 20099 Hamburg, Liquidatorin: Dr. Viva-Katharina Volkmann, Jungfernstieg 7, 20354 Hamburg, wird die Vornahme der Schlussverteilung genehmigt. Schlusstermin mit folgender Tagesordnung: 1. Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen, 2. Abnahme der Schlussrechnung des Konkursverwalters, 3. Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, 4. Beschlussfassung über die nicht verwertbaren Vermögensgegenstände wird bestimmt auf **Donnerstag, den 28. Juni 2012, 9.55 Uhr**, vor dem Insolvenzgericht Hamburg, Sievekingplatz 1, Ziviljustizgebäude, 20355 Hamburg, Saal B 405.

Die Vergütung und Auslagen des Konkursverwalters für seine Geschäftsführung werden wie folgt festgesetzt:

Vergütung:	9464,12 Euro
abzüglich darin enthaltene Umsatzsteuer (7%):	619,15 Euro
fiktive Nettovergütung:	8844,97 Euro
zuzüglich hälftige allgemeine Umsatzsteuer (12%) auf ermäßigten Betrag:	1061,40 Euro
Bruttovergütung:	10525,52 Euro

Der hinsichtlich der Umsatzsteuer weitergehende Antrag wird insoweit zurückgewiesen.

Hinsichtlich der Berechnung der Umsatzsteuer wird auf den Beschluss des BGH vom 20. November 2003 (IX ZB 469/02) verwiesen.

Zur Begründung wird auf den Antrag des Konkursverwalters vom 23. März 2012 Bezug genommen.

Hamburg, den 21. Mai 2012

Das Amtsgericht, Abt. 65
489

Konkursverfahren

65 a N 107/98. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **CASCADE Vertriebsgesellschaft für EDV im Bauwesen mbH**, Blumenau 15, 22089 Hamburg, Geschäftsführer: Achim Lust, Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwälte Rembert Müller pp, Kajen 12, 20459 Hamburg, wird die Vornahme der Schlussverteilung genehmigt. Schlusstermin mit folgender Tagesordnung: 1. Prüfung der nachträglich

lich angemeldeten Forderungen, 2. Abnahme der Schlussrechnung des Konkursverwalters, 3. Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, 4. Beschlussfassung über die nicht verwertbaren Vermögensgegenstände, 5. Anhörung der Gläubigerversammlung über den Antrag des Konkursverwalters auf Einstellung des Verfahrens gemäß § 204 KO, wird bestimmt auf **Donnerstag, den 28. Juni 2012, 9.45 Uhr**, vor dem Insolvenzgericht Hamburg, Sievekingplatz 1, Ziviljustizgebäude, 20355 Hamburg, Saal B 405.

Die Vergütung und Auslagen des Konkursverwalters für seine Geschäftsführung werden wie folgt festgesetzt:

Vergütung:	6589,13 Euro
zuzüglich Umsatzsteuer (11,215%):	738,97 Euro
Bruttovergütung:	7328,10 Euro

Der weitergehende Antrag wird zurückgewiesen.

Unter Berücksichtigung der beantragten Zuschläge von 400% auf die Regelvergütung beträgt die beantragte Vergütung rechnerisch 6589,13 Euro.

Hinsichtlich der Berechnung der Umsatzsteuer wird auf den Beschluss des BGH vom 20. November 2003 (IX ZB 469/02) verwiesen.

Zur Begründung wird auf den Antrag des Konkursverwalters vom 10. Februar 2012 Bezug genommen.

Hamburg, den 21. Mai 2012

Das Amtsgericht, Abt. 65
490

Zwangsvollstreckung

802 K 60/11. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Rötbergkamp 4 belegene, im Grundbuch von Ohlstedt Blatt 1615 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus einem $\frac{1}{2}$ Miteigentumsanteil an dem 1339 m² großen Grundstück (Flurstück 1458), verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und den Räumen, im Aufteilungsplan mit Nummer 2 bezeichnet, durch das Gericht versteigert werden.

Die von der Eigentümerin genutzte unterkellerte Doppelhaushälfte mit ausgebautem Dachgeschoss und Spitzboden zur Größe von etwa 131 m² ist im Rötbergkamp 4 belegen. Im Grundbuch ist noch die Hausnummer 6 bezeichnet. Baujahr des Gebäudes ist etwa

1981. Der bauliche Zustand ist laut Gutachten gut, wenngleich Unterhaltungstau besteht. Die Küche befindet sich in einem Kellerraum, was laut Gutachten bauordnungsrechtlich nicht zulässig ist.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 291 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Donnerstag, den 9. August 2012, 10.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Barmbek, Spohrstraße 6, 22083 Hamburg, Erdgeschoss, Saal E.005.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 2.044, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: www.zvg.com

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 11. Oktober 2011 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 1. Juni 2012

**Das Amtsgericht
Hamburg-Barmbek**
Abteilung 802

491

Zwangsvollstreckung

– Berichtigung –

902 K 15/11. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Möllner Landstraße 103 a–f belegene, im Grundbuch von Schiffbek Blatt 5876 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 280/1894 Miteigentumsanteilen an dem 1894 m² großen Grundstück (Flurstück 3765) verbunden mit

dem Sondereigentum an der Wohnung, im Aufteilungsplan mit Nummer 5 (Reihenhaus) bezeichnet, durch das Gericht versteigert werden.

Es handelt sich bei dem Wohnungseigentum um ein vollunterkellertes Mittelreihenhaus (Baujahr 1988, postalische Anschrift „Möllner Landstraße 103 b“) mit ausgebautem Dachgeschoss. Für den Dachgeschossausbau gibt es jedoch keine Baugenehmigung. Beheizung und Warmwasserbereitung über Gaszentralheizungsanlage. Die Wohnfläche (incl. Dachgeschoss) beträgt etwa 119,41 m², Nutzfläche im Keller etwa 48,50 m². Zum Wohnungseigentum gehören die Sondernutzungsrechte an einer Grundstücksteilfläche sowie an einem PKW-Außenstellplatz. Das Reihenhaus wurde am Tage der Ortsbesichtigung von den Eigentümern genutzt.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 250 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Donnerstag, den 13. September 2012, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-St. Georg, Lübecker-tordamm 4, I. Stock, Saal 1.01.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 1.40, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: www.zvg.com

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 30. August 2011 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses

dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 1. Juni 2012

**Das Amtsgericht
Hamburg-St. Georg**

Abteilung 902

492

Zwangsversteigerung

717 K 31/11. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Arnswalder Straße 42, 42 a belegene, im Grundbuch von Oldenfelde Blatt 8014 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus $\frac{1}{3}$ Miteigentumsanteil an dem 1242 m² großen Flurstück 4046, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und den Räumen Nummer 3 des Aufteilungsplans, durch das Gericht versteigert werden.

Das Wohnungseigentum besteht aus einem nichtunterkellerten Einfamilienhaus mit ausgebautem Dachgeschoss, welches sich auf dem hinteren Grundstücksteil befindet (postalische Anschrift „Arnswalder Straße 42 b“). Die Errichtung des Gebäudes erfolgte im Jahr 2005 mit im Wesentlichen durchschnittlicher Ausstattung. Die Wohnfläche beträgt etwa 138 m². Beheizung über eine elektrische Luft-Wärmepumpe, Wärmeverteilung über Warmwasserfußbodenheizung, Warmwasserversorgung zentral über Warmwasserspeicher. Es bestehen Baumängel und Bauschäden aus der Zeit der Gebäudeerrichtung. Sondernutzungsrecht an einer etwa 500 m² großen Gartenfläche. Zum Zeitpunkt des Ortstermins wurde

das Objekt von der Verfahrensschuldnerin zu Wohnzwecken genutzt.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 320 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Mittwoch, den 8. August 2012, 10.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Wandsbek, Schädlerstraße 28, II. Stock, Saal 216.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 220, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr eingesehen werden. Telefon: 040/4 28 81 - 29 10/- 29 11. Infos auch im Internet: www.zvg.com.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 17. Juni 2011 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 1. Juni 2012

**Das Amtsgericht
Hamburg-Wandsbek**

Abteilung 717

493

Sonstige Mitteilungen

Auftragsbekanntmachung
D-Hamburg: Fernwärme / 2012/S 95-156768 /
Lieferauftrag

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
 European X-Ray
 Free-Electron Laser Facility GmbH
 Notkestraße 85, 22607 Hamburg, Deutschland
 Zu Händen von Herrn Florian Guhlmann
 E-Mail: xfel-procurement@xfel.eu
 Telefax: +49/40/8998-1905
 Internet-Adresse(n)
 Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers:
<http://www.xfel.eu>
 Weitere Auskünfte erteilen:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
 (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken: die oben genannten Kontaktstellen
 Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an: die oben genannten Kontaktstellen
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers:**
 Sonstige: nicht gewinnorientierte GmbH
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
 Sonstige: Forschung
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**
 Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:
 Fernwärmelieferung
- II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung
 Lieferauftrag
 Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung:
 Schenefeld bei Hamburg
 NUTS-Code DEF09
- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):
 Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:
 Belieferung mit Fernwärme und Erstellung der erforderlichen Anschlussstrassen mit Übergabestationen.

- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge: (CPV): 09323000 - KA01
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8) Aufteilung des Auftrags in Lose: Ja
 Angebote sind möglich für ein oder mehrere Lose
- II.1.9) Angaben über Varianten/Alternativangebote: Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
 Gegenstand der Ausschreibung ist die Wärmeversorgung für das „European XFEL“ mit den Liegenschaften Schenefeld und Osdorfer Born über einen Zeitraum von 10 Jahren. Die Versorgung umfasst ebenso die Erstellung der Fernwärmetrassen, aller Übergabestationen einschließlich Instandhaltung sowie alle weiteren zur Erfüllung der Versorgungsleistung notwendigen Leistungen. Je nach gewählter Anschlussvariante sind voraussichtlich erforderlich:
1. Trasse öffentliches Gelände 1550 m, Anschlussleitung 550 m DN 200,
 2. Trasse öffentliches Gelände 550 m, Anschlussleistung 10 m DN 125 oder 200.
- Die Gesamtanschlussleistung ist mit 6 MW, der Jahresverbrauch im Normalbetrieb mit 5606 MWh geplant. Weitere Angaben zu Liefermengen siehe Verdingungsunterlagen.
- II.2.2) Angaben zu Optionen: Ja
 Beschreibung der Optionen: Der Anschluss zur Versorgung der Anlagen kann an unterschiedlichen Stellen und in verschiedenen Varianten erfolgen, siehe Verdingungsunterlagen.
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:
 Dieser Auftrag kann verlängert werden: Ja
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**
 Laufzeit: 133 Monate ab Auftragsvergabe

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kauttionen und Sicherheiten:
 Siehe Verdingungsunterlagen.
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:
 Quartalsrechnungen, zahlbar innerhalb von 30 Tagen ohne Skonto.
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
 Bietergemeinschaften haben die in der Angebotsaufforderung aufgeführten Nachweise zu erbringen. Bietergemeinschaften haben einen Bevollmächtigten zu bestimmen, dessen Vollmacht mit dem Angebot vorzulegen ist. Die Vollmacht kann

- durch eine beglaubigte Abschrift des Vertrags über die Zusammenarbeit der Bieter ersetzt werden. Außerdem ist eine Liste aller Mitglieder der Bietergemeinschaft beizufügen.
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:
Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Ja
Darlegung der besonderen Bedingungen: Siehe Verdingungsunterlagen.
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Aktueller Auszug aus dem Berufs- oder dem Handelsregister des Sitzes oder Wohnsitzes des Unternehmens.
- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit:
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
– Eigenerklärung zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit des Unternehmens, insbesondere Jahresabschlüsse der letzten drei Jahre,
– Eigenerklärung, dass kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder ein Antrag mangels Masse abgelehnt wurde,
– Eigenerklärung, dass das Unternehmen sich nicht in Liquidation befindet,
– Eigenerklärung, dass der Bieter seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben ordnungsgemäß erfüllt hat,
– Eigenerklärung, dass der Bieter seine Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt hat,
– Eigenerklärung, dass keine schwere Verfehlung begangen worden ist, die die Zuverlässigkeit des Bieters in Frage stellt,
– Eigenerklärung zur Einhaltung der Verpflichtungen gemäß § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeiterbekämpfungsgesetz und § 8 Abs. 2 und 3 Arbeitnehmerentsendegesetz.
- III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
– Ausführungsunterlagen: Bau- und Qualitätsbeschreibung,
– Verzeichnis geplanter Maßnahmen zur Herichtung der Versorgungszentralen, insbesondere Änderungen am Fundament und an Außenwänden,
– Angaben zur technischen Leistungsfähigkeit des Unternehmens: Erfahrungen und Referenzen, gewerkeübergreifende Fachkunde in Planung, Ausführung und Betrieb von Versorgungsanlagen, Anzahl der Vertragskunden, Mitgliedschaften in Gütegemeinschaften und Verbänden, personelle Besetzung des Projekts, insbesondere auch am Standort des Versorgungsobjekts,
– einen Terminplan, auf dem der Ablauf der gesamten Baumaßnahme bis zur Fernwärmeversorgung dargestellt ist.
- III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –
- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand: –
- III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal: –
- ABSCHNITT IV: VERFAHREN**
- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Offen
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien:
Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.
- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein
- IV.3) **Verwaltungsangaben**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: XF TC-241-001
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags: Ja
Vorinformation
Bekanntmachungsnummer im ABl: 2012/S 13-020716 vom 17. Januar 2012
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme:
22. Juni 2012, 14.00 Uhr
Kostenpflichtige Unterlagen: Nein
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:
29. Juni 2012, 14.00 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: Deutsch

924

Freitag, den 1. Juni 2012

Amtl. Anz. Nr. 42

- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: bis 31. Dezember 2012
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Nein

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein
- VI.2) Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
Bietergemeinschaften sind zugelassen und haben für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft die in Absatz 10 der Angebotsaufforderung aufgeführten Nachweise zu erbringen. Nachunternehmer sind, soweit sie wesentliche Leistungen anbieten, anzugeben und haben die in der Angebotsaufforderung genannten Nachweise zu erbringen. Ausgenommen sind Nachunternehmer für Bauleistungen.
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren
Vergabekammern des Bundes
beim Bundeskartellamt
Villemomblerstraße 76, 53123 Bonn,
Deutschland
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen:
Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Es gelten die gesetzlichen Fristen gemäß § 107 Abs. 3 GWB: „Der Antrag ist unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages nach § 101 b Abs. 1 Nr. 2. § 101 a Abs. 1 Satz 2 bleibt unberührt.“

- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: –
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
14. Mai 2012

ANHANG**ANGABEN ZU DEN LOSEN****Los-Nr. 1 Bezeichnung:** Wärmeversorgung Schenefeld

1. **Kurze Beschreibung:**
Versorgung der XFEL-Anlage in Schenefeld mit Fernwärme ohne Anschluss Osdorfer Born.
2. **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV):** 09323000 - KA01
3. **Menge oder Umfang:** –
4. **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:** –
5. **Zusätzliche Angaben zu den Losen:** –

Los-Nr. 2 Bezeichnung: Wärmeversorgung Osdorfer Born

1. **Kurze Beschreibung:**
Versorgung der XFEL-Anlage am Osdorfer Born mit Fernwärme ohne Anschluss Schenefeld.
2. **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV):** 09323000 - KA01
3. **Menge oder Umfang:** –
4. **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:** –
5. **Zusätzliche Angaben zu den Losen:** –

Hamburg, den 25. Mai 2012

European X-Ray Free-Electron Laser Facility GmbH

494

Nachtragsverteilung

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Kommanditgesellschaft **DIMEX-CIBARIA Handelsgesellschaft m.b.H. & Co.**, Flughafenstraße 54 b, 22415 Hamburg, Aktenzeichen: 65 c N 286/93, soll eine Nachtragsverteilung erfolgen. Der zu verteilende Betrag beträgt 22 875,28 Euro. Davon abzusetzen sind die Gerichtskosten, das Verwalterhonorar und die Inseratskosten. Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Gläubiger liegt zur Einsichtnahme der Beteiligten bei dem Amtsgericht Hamburg, Abteilung 65 aus.

Hamburg, den 16. Mai 2012

Der Konkursverwalter

Michael W. Scholz, Rechtsanwalt

495